

7. Mai 2020

Corona und die amerikanische Politik – Martin Thunert

Anja Schüler: Herzlich willkommen zur zweiten Ausgabe unseres Podcasts, produziert vom Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg. Mein Name ist Anja Schüler, und ich spreche heute mit Martin Thunert über die Auswirkungen der Pandemie auf die amerikanische Innenpolitik. Martin Thunert ist Senior Lecturer Politikwissenschaft am HCA und ein profunder Kenner der Vereinigten Staaten, wo er mehrere Jahre als Wissenschaftler gelebt hat. Die Corona-Krise trifft dort auf eine politisch und sozio-kulturell hoch polarisierte Gesellschaft, ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen. Es tobt ein Kampf über die Deutungshoheit hinsichtlich der Ursachen der Krise und ihrer Bewältigung. Die Pandemie lässt viele Sollbruchstellen zutage treten im politischen Gefüge der USA, zwischen roten und blauen Staaten, zwischen den Küsten und den Regionen im Landesinneren, zwischen Stadt und Land, zwischen arm und reich. Es werden aber auch zunehmend Risse innerhalb der großen politischen Lager deutlich, speziell in der Republikanischen Partei. Bevor wir auf diese Themen zu sprechen kommen, Martin, du warst selber noch in den USA, kurz bevor die Einreisebeschränkungen in Kraft traten, um den Präsidentschaftswahlkampf zu beobachten. Was waren deine Eindrücke?

Martin Thunert: Ja, meine Eindrücke am 25. Februar, als ich in den USA ankam, waren, das war ein Land, das aufgrund dessen, dass die Regierung das Problem der Coronakrise noch klar verniedlicht hat, darauf nicht wirklich vorbereitet war. Das Land stand noch unter dem Eindruck des abgeschlossenen Impeachment Verfahrens. Der Präsident hatte sehr gute Werte. Der Dow Jones war noch nicht komplett eingebrochen, die Arbeitslosigkeit befand sich noch auf den niedrigsten Ständen, und am Tag vor meiner Ankunft hat Bernie Sanders die Vorwahl der Demokraten in Nevada sehr, sehr deutlich gewonnen. Alle sprachen davon, dass er kaum noch zu stoppen sein würde, und als ich zehn Tage später abgereist bin, war schon kaum noch Betrieb auf dem Flughafen New York, einem der sonst am stärksten frequentierten internationalen U.S.-Flughäfen. Das Flugzeug war nur zu einem Drittel gefüllt, und die ersten Leute trugen auch schon Masken, und ja, ich bin von der einen Welt schon ansatzweise in die Vorboten der Corona-Welt gekommen. Aber klar war, dass die Politik, vor allen Dingen die Bundesregierung Trump, das Coronavirus Anfang März noch herunterspielen wollte. Das änderte sich dann erst so etwa Mitte März, als Trump eine Studie des Imperial College

London gesehen hatte, wonach eben die möglichen Todeszahlen der USA bis in die Millionenhöhe gehen könnten.

Anja Schüler: Eine solche Krise gilt ja oft als eine Stunde der Exekutive oder der Exekutiven, also des Präsidenten oder der Gouverneure der Einzelstaaten. Gilt das auch jetzt?

Martin Thunert: Ja, das gilt in gewisser Weise auch jetzt, aber anders etwa als in der Zeit unmittelbar nach 9/11, wo es ganz klar die Stunde der Bundesexekutive, also des Präsidenten, damals George W. Bush, war. Jetzt ist es, du hast es schon in deiner Frage angedeutet, die Stunde der Exekutiven, also nicht nur des Präsidenten, sondern auch eben der Gouverneure, und man muss sich Umfragen angucken, an wen, oder in wen, die amerikanischen Bürger im Moment das meiste Vertrauen setzen, und da steht ganz oben erst mal ein Experte, Anthony Fauci, der Leiter einer Epidemiebehörde [des National Institute of Allergy and Infectious Diseases], der auch ein wichtiges Mitglied der Corona-Task Force ist, die Trump allerdings jetzt offensichtlich auflösen will zum Ende des Monats, darauf kommen wir vielleicht nochmal. Dann stehen aber ganz oben die Gouverneure der Staaten mit einer Zustimmung von 70 Prozent – Fauci hat fast 80 Prozent – und dann kommt erst sehr weit unten, unter 50 Prozent, eben der U.S.-Präsident Trump, und noch weiter unten der U.S. Kongress. Also man sieht hier, dass auch die U.S.-Verfassung es eigentlich vorsieht, dass ein Teil des Krisenmanagements von den Gouverneuren betrieben wird. Wir haben in den USA, was jetzt so die Öffnung des Landes, oder die Wiederöffnung des Landes angeht, einen ganz ähnlichen föderalistischen Flickenteppich, wie wir das auch jetzt in Deutschland sehen, da ziehen nicht alle am gleichen Strang. Wir haben aber auch zwischen den Staaten eben starke Diskrepanzen, was die Öffnung angeht, aber auch, was die Betroffenheit in punkto Infizierte und Todeszahlen angeht. Aber ich denke, dass die Tatsache, dass die Gouverneure hier so eine große Rolle spielen, einerseits der Verfassung entspricht, das sind eben die Vereinigten Staaten von Amerika. Andererseits lässt dies auch das sogenannte „Blame Game“, also das Verschieben von Verantwortung, zu. Trump hat eingesehen, dass er natürlich dann vielleicht auch nicht alleine haftbar ist für Versäumnisse. Andererseits können die Gouverneure auch mit einem gewissen Recht sagen: Der Bund hat für bestimmte Dinge, etwa die Verfügungsstellung von Schutzkleidung und Ähnlichem zu sorgen, und da ist er defizitär, also das kommt im Moment, glaube ich, Biden entgegen. In der Gesundheitspolitik sehe ich im Moment den Kongress in einer nicht so großen Rolle, als eben ganz klar die Exekutiven beider föderalistischen Ebenen, sowohl des Bundes als auch der Einzelstaaten, und natürlich

besonders Gouverneure von stark betroffenen Staaten, in der Öffentlichkeit stehen, etwa der Gouverneur von New York, Andrew Cuomo.

Anja Schüler: Trotz dieser großen Sichtbarkeit der Exekutive spielt ja die Legislative, der Kongress, auch eine Rolle. Welche denn?

Martin Thunert: Er spielt vor allen Dingen, denke ich, eine Rolle in der ökonomischen Bewältigung der Krise. Er muss die Hilfspakete erlassen, und das geht nur mit gesetzgeberischer Zustimmung. Im Moment sind wir in der paradoxen Situation, dass der Senat zwar auch wieder physisch zusammentritt, das 435 Abgeordnete starke Repräsentantenhaus, das von den Demokraten beherrscht wird, also insbesondere von der Sprecherin Nancy Pelosi, diese Abgeordneten, die bei der Verabschiedung der Hilfspakete genauso notwendig sind, sind im Moment noch nicht wieder in Washington. Auch das sorgt im Moment für Streit zwischen Trump und der demokratischen Mehrheit im Haus, und deswegen kocht gerade das Haus im Moment ein bisschen, sozusagen, auf einer hinteren Flamme. Pelosi versucht das allerdings auch, wie so viele andere auch, von zu Hause aus, durch Podcasts und durch Videokonferenzen zu kompensieren. Aber der Kongress wird vor allen Dingen dann wieder stärker eingebunden werden, wenn es primär um noch weitere Hilfspakete geht, um die Frage wie geht man mit dieser immens hohen Arbeitslosigkeit um. Man spricht ja von bis zu 20 Prozent, das sind Werte aus den frühen dreißiger Jahren, die alles übertreffen, was wir nach dem Zweiten Weltkrieg kennen, da wird der Kongress wieder ganz stark da sein, und da hat es auch in der Vergangenheit, jetzt im März, Anfang April, durchaus, trotz allen Streits, auch Zusammenarbeit gegeben, also es sind ein paar Hilfspakete in astronomischen Höhen recht schnell verabschiedet worden.

Anja Schüler: Noch einmal zurück zum Präsidenten. Wir haben ja in der letzten Woche gehört, dass er aus solchen existenziellen Krisen gestärkt hervorgehen kann. Ist das auch in der Coronapandemie der Fall?

Martin Thunert: Das kann man, glaube ich, nicht wirklich sagen, wenn wir als Maßstab den „Rally around the Flag“-Effekt nehmen, also dass sich die Bürger um ihre politische Führung, also um den Präsidenten scharen. So haben wir das fast schon exemplarisch nach 9/11 gesehen, als plötzlich die Zustimmungsraten für den doch damals kontroversen Präsidenten George W. Bush auf fast 90 Prozent hochschnellten. Trump hat im März, Ende

März, einen kleinen Anstieg gehabt, aber wir reden hier über Werte, so knapp unter, vielleicht bei einigen Umfragen, knapp über 50 Prozent. Dann ist es wieder eingebrochen, und jetzt zuletzt ist es wieder hochgegangen, aber schon an den Vertrauenswerten, die ich eben nannte – wie zufrieden sind die Amerikaner mit dem Verhalten unterschiedlicher Führungsfiguren in der Coronakrise – sieht man, dass der Effekt, so wie er eigentlich vielleicht erwartbar war, nicht eingetreten ist. Viele sagen, Trump müsste eigentlich deutlich mehr von dieser Krise profitieren, und das tut er nicht, und schuld daran ist, glaube ich, nicht nur vielleicht eine verspätete Reaktion, sondern auch, dass er sehr, sehr erratisch reagiert, auch bei seinen Auftritten [der täglichen Pressekonferenz] – er hat sie ja durchaus genutzt, diese Auftritte der Corona-Task Force. Er hat da von den zweieinhalb Stunden oft anderthalb Stunden gesprochen, so dass viele gesagt haben, er hat da einen Fehler gemacht, er hätte eigentlich mehr die Experten, die hohes Vertrauen haben, also Anthony Fauci und Deborah Birx, die Leiterin dieses „Response“-Teams unter Vizepräsidenten Pence, er hätte die stärker zu Wort kommen lassen müssen, und das war sicherlich ein Fehler. Also die Bürger beurteilen sein Verhalten eben kritisch, und dies hat nicht zu einer Vereinigung des Landes beigetragen, und deswegen ist auch dieser Effekt nicht richtig eingetreten. Also der „Trump-Bump“ war vergleichsweise klein, oder man kann sagen, er existiert fast gar nicht.

Anja Schüler: Diese Umfragen zeigen ja, dass die Pandemie doch Auswirkungen auf den Wahlkampf hat, und diese sind ja beträchtlich, zum Beispiel können keine Wahlkampfveranstaltungen stattfinden und der Parteitag der Demokraten wurde bereits verschoben. Steht denn die Durchführung der Wahl am dritten November vielleicht ganz infrage?

Martin Thunert: Das wäre für die USA wirklich sehr, sehr ungewöhnlich. In den USA ist immer gewählt worden, selbst im Zweiten Weltkrieg 1944 wurde die Wahl durchgeführt. Es gab keinen Wahlaufschub in den Nullerjahren nach dem Irak-Krieg, nach 9/11. Ich glaube, die Frage wird nicht so sehr sein, ob am 3.11. gewählt wird, sondern in welcher Form gewählt wird. Und da ist das Land, oder sind die politischen Eliten wieder ähnlich gespalten. Die Demokraten haben eine Kampagne gestartet, in der auch beide Obamas, also Barack und Michelle Obama, sehr führend sind; die sagen, wir müssen eigentlich in allen Bundesstaaten per Brief wählen, und die Leute müssen das zu Hause machen und schicken es dann ab. Und die Republikaner sind der Meinung, das öffnet dem Wahlbetrug Tür und Tor. Da gibt es keine ganz klaren Evidenzen, aber hier wird in den nächsten Monaten, glaube ich, nicht nur

ein politischer, sondern ein juristischer Streit entfacht werden. Das liegt daran, dass eben mit Ausnahme vom Bund, der Rahmenbedingungen für die Wahl setzt, die Durchführung der Wahlen im Kompetenzbereich der Einzelstaaten liegt, und da haben die Staaten unterschiedliche Lösungen. Nachteilig für Trump ist vielleicht schon jetzt, dass in den Staaten, in den sechs, sieben Staaten, die umkämpft sind, von denen er wahrscheinlich fünf gewinnen muss, also Pennsylvania, Michigan, Wisconsin, oder Florida, dass da der Prozess, dass diese Briefwahl, die dann auch schon deutlich vor dem dritten November stattfinden kann, dass das schon relativ weit fortgeschritten ist und, ich glaube, schwer revidierbar ist. Aber es geht dann auch noch um den Rest des Landes, und das scheint mir der Streitpunkt zu sein. Wie wird gewählt? Die Republikaner, wir haben das ja auch gesehen an dieser leicht bizarren Vorwahl in Wisconsin, wo eben der Landtag gesagt hat, und dann das Gericht bestätigt hat, „Ihr müsst physisch präsent sein.“ Das wollen die Republikaner, und beide Parteien rechnen sich Vorteile aus. Republikaner sagen, wenn die Wahlbeteiligung vielleicht sinkt, weil die Leute sich vielleicht nicht trauen zur Wahl gehen, nutzt das uns, vielleicht gerade bei jungen Leuten, bei Minderheiten, und die Demokraten denken, wenn die Leute das zu Hause machen können und sich auch mehrere Tage oder Wochen dafür Zeit nehmen können, nützt das unserer Mobilisierung. Aber da werden wir noch einen bitteren Streit erleben, der sicherlich auch dann im Herbst erst richtig losgehen wird.

Anja Schüler: So viel zu den Auswirkungen der Pandemie auf den Wahlkampf. Hat sie denn auch Auswirkungen auf Trumps Wahlkampfstrategie?

Martin Thunert: Ja, natürlich hat es das, denn die Strategie war, das hatte ich ja so ein bisschen in in meiner Eingangsantwort gesagt, dass Trump auf dem Rücken einer boomenden Wirtschaft, nicht nur Höchststände im Dow Jones, sondern eben auch Vollbeschäftigung, sehr niedrige Arbeitslosenzahlen bei Frauen, auch bei Minderheiten, sowohl bei Hispanics als auch bei Schwarzen, innenpolitisch den Wahlkampf führen wollte. Außenpolitisch wollte er Erfolge, im Abschluss von Handelsabkommen, etwa dem neuen USMCA, also dem Nachfolger des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens. Er hätte wahrscheinlich auch mit China noch weitere Teilabkommen geschlossen. Auf dieser Basis eines wirtschaftlichen Booms wollte er den Wahlkampf führen. Und nun muss er den Wahlkampf führen auf der Basis vergleichsweise hoher Todesraten, auf der Basis einer Arbeitslosigkeit, die wie gesagt möglicherweise fast astronomische Dimensionen annimmt, vergleichbar mit der „Great Depression“ in den dreißiger Jahren, und sicherlich auch nicht mehr mit einem Dow Jones,

der auf dem Höchststand ist; der Dow Jones hält sich erstaunlich gut, der kam wieder zurück, aber die Strategie ist Trump sozusagen völlig entglitten. Und er muss nun einsehen, dass er jetzt die alte Strategie nicht mehr fahren kann. Das hat lange, und ich denke auch zu lange gedauert, auch aus seiner eigenen Sicht, und nun muss er die Deutungshoheit über das Coronanarrativ gewinnen, und da ist, glaube ich, ganz wichtig, dass er und seine Unterstützer in der Partei sagen, der Virus kam von außen, aus China. Er muss sagen, dass die Tatsache, dass er

sehr früh Einreisen aus China, außer Leute, die in die USA zurückkamen, schon am 31. Januar verhindert hat, das hat geholfen, eben Schlimmeres, diese hohen Zahlen von über einer Million Toten, zu verhindern, und obwohl wir von China belogen und von der Weltgesundheitsorganisation hintergangen worden sind, habe ich das Allerschlimmste verhindert, während eben mein Herausforderer Biden letztendlich doch sehr, sehr weich und sehr soft in Bezug auf China ist und eher mit China unter einer Decke steckt, also das wird ein Teil seiner Strategie sein.

Anja Schüler: Werfen wir doch noch einmal einen Blick auf Trumps Partei. Sind sich die Republikaner denn über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise einig?

Martin Thunert: Ja, also ich glaube, der Flügel, den man vielleicht als Regierungsflügel der Republikaner bezeichnen kann und der nicht hinter Trump steht, der aber mittlerweile auch gerade im Senat und im Repräsentantenhaus schwächer geworden ist, der würde sich natürlich ein weniger erratisches Management gewünscht haben, auch eine frühere Reaktion. Aber ich glaube, man sieht eine gewisse Spaltung in der Partei in zwei Grundhaltungen, und die sieht man jetzt auch in dem Streit um die Wiederöffnung der Wirtschaft. Oder sollen wir weiterhin die Infiziertenzahlen möglichst gering halten und damit auch die Todesraten niedrig halten? Es gibt nach wie vor den, würde ich mal sagen, neoliberalen individualistischen Strang in der Partei, der auch im Grunde sagt, naja, das Leben birgt Risiken, und man braucht viel Eigenverantwortung. Und wir könnten deswegen auch in diese schwedische Richtung gehen, dass man den Menschen sehr viel in Eigenverantwortung überlässt, und die, die da Fehler machen, die müssen das halt bezahlen. Trump, oder seine Bewegung, stehen eher für einen national-populistischen Flügel, der in der Partei deutlich stärker geworden ist, und Trump ist ein Produkt dieser Erstarkung, da wird eher das Schutzbedürfnis gegen äußere und innere Bedrohung eines traditionellen, manche sagen eines traditionellen weißen, Lebensstils betont, Bedrohung durch nicht-weiße Einwanderung

in sehr hohen Zahlen durch Globalisierung von Lieferketten, Auslagerung von Jobs, symbolisiert eben durch multilateralen Freihandel und auch Bedrohungen, die dann moralischen Verfall mit sich bringen. Und das ist eben die populistische Message, das populistische Narrativ, dass eine globalistische, kosmopolitische Elite Politik für sich macht, aber nicht für die traditionellen Amerikaner, und da wird das Schutzbedürfnis betont, und deswegen ist die Partei hier gespalten. Aber im Moment zeigen sich eben wieder die Impulse derer, die vielleicht von der Tea Party abgeleitet werden können, die eben sagen, freie Bürger müssen sich auch wieder wirtschaftlich frei betätigen können, müssen wieder frei reisen können, müssen Strände aufsuchen können. Ich glaube, dass Trumps ehemaliger Wahlkampfleiter und Chefstrategie des ersten halben Jahres, Steve Bannon, der etwas versunken ist zurzeit, aber der trotzdem in der Trump-Szene noch, glaube ich, einen hohen Stellenwert hat, dass der verstanden hat, dass Trump nur mehrheitsfähig ist, wenn er beide Strömungen plus die evangelikalen Christen hinter sich scharf, und dass er sich nicht zwischen diesen beiden Flügel entscheiden darf. Trump selber, würde ich sagen, hat ein persönliches Weltbild, das in die Abteilung Individualismus, Risiko passt und die Welt in Gewinner und Verlierer einteilt. Man unterstellt Trump, glaube ich, nicht ganz zu Unrecht als politischem Führer eine mangelnde Empathiefähigkeit, die immer wieder zum Ausdruck kommt. Trump ist ein populistisch-nationalistische Politiker, er merkt aber instinktiv, und Trump verlässt sich ja fast immer mehr auf seine Instinkte, als auf jede andere Art der Beratung, dass das möglicherweise zu wenig ist, und deswegen wird er diesen paranoiden Stil, also die Bedrohung kommt von außen; mein Konkurrent steckt mit dem Feind unter einer Decke; wir müssen die Mauer weiter bauen, was übrigens auch geschieht; und wir müssen Abschiebungen fortsetzen und so weiter, deswegen wird er diesen Teil sehr, sehr stark aktivieren. Er wird versuchen, weiterhin beide Teile zu repräsentieren, aber dieser Spagat fällt ihm zunehmend schwer, und deswegen auch einige seiner ziemlich erratischen und emotionalen Reaktionen auf sinkende Umfragewerte.

Anja Schüler: Mangelnde Empathiefähigkeit kann man ja Joe Biden nicht unterstellen. Was macht eigentlich Trumps Herausforderer?

Martin Thunert: Trumps Herausforderer hat ja kein politisches Amt, sodass er im Grunde als Privatperson, glaube ich, in dem mittlerweile als Medienstudio ausgebauten Keller, oder dem Souterrain seines Hauses in Delaware agiert und sich von dort zu Wort meldet. Ich denke, im Moment ist dieses erratische Regieren Trumps nicht zum Nachteil des Herausforderers, da

eben die Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement die Werte für Trump nach unten treiben. Im Moment sieht es so aus, also wenn, in den USA sind die Wahlen ja nicht sonntags sondern dienstags, aber wenn jetzt am Wochenende gewählt würde, scheint es nach den Umfragen, dass Biden nicht nur national vorne liegt, sondern dass er auch in fünf von den sechs sehr kritischen und umkämpften Bundesstaaten überall doch mit vier bis sechs, sieben Prozent vor Trump führt. Nur in dem Bundesstaat North Carolina scheint Biden im Moment nicht zu führen, also er würde, glaube ich, wenn jetzt Mitte Mai gewählt würde, die Wahl gewinnen. Das liegt auch daran, dass die Demokraten, zumindest was die Führungsfiguren der Partei angeht, auch Bernie Sanders, auch Elizabeth Warren, auch alle, die ihm unterlegen sind in den Vorwahlen, jetzt relativ geschlossen auftreten. Die Frage, die wir noch nicht beantworten können, ob diese Geschlossenheit der Amtsträger und der Führungsfiguren hinter Biden, ob sich die auch auf die Basis, vor allen Dingen die ehemaligen Wähler von Bernie Sanders erstreckt. Also ich zum Beispiel habe etwa meine Zweifel, ob eine der wichtigen Organisationen, wichtig nicht in Zahlen, aber in der Symbolkraft, etwa die Democratic Socialists of America, das sind überwiegend sehr viele junge Leute, ob die tatsächlich schon überzeugt sind, Biden in jedem Falle zu wählen. Biden wird weiterhin versuchen, staatsmännisch aufzutreten. Er wird die Erinnerung an die Obama-Ära wach halten. Er wird versuchen, moralisch auf der „High Road“, wie es im Englischen heißt, zu fahren, und er wird versuchen, für die Werte Berechenbarkeit, Kompetenz, Erfahrung und Anständigkeit zu stehen, währendhin Trump versuchen muss, die Integrität und das, wofür Biden stehen will, im Grunde zu zerstören. Im Moment ist da so ein bisschen die Frage, ob diese Person, die Biden beschuldigt, Tara Reade, die ihn beschuldigt, im Jahr 1993 sie als junge Mitarbeiterin in seinem Senatsbüro nicht nur sexuell belästigt, sondern extrem bedrängt zu haben, ohne jetzt in die Details zu gehen, ob das ihm schaden wird, oder ob er das sozusagen in den nächsten Wochen aussitzen kann. Trump selber wird gar nicht so sehr versuchen, glaube ich, diese Frage in den Vordergrund zu stellen, denn auch er selber hat ja einige Anschuldigungen ähnlicher Art gegen sich laufen, die auch noch nicht vollends entschieden sind. Er wird eher das Alter und den mentalen Zustand „Sleepy Joe“ Bidens zum Thema machen, er wird Joe als „Creepy Joe“ bezeichnen, als jemand, der in seiner doch fast 50-jährigen politischen Tätigkeit immer dafür gesorgt hat, dass Familienmitglieder, insbesondere sein Sohn, auch gut dabei wegkommen, und er wird Biden als „China-Joe“ bezeichnen, der im Grunde im Bett ist mit den Chinesen, und die Chinesen sind der Hauptfeind. Und in dem letzten Punkt, da haben die Umfragen eigentlich auch eine klare Sprache: fast 70 Prozent der Amerikaner, also auch viele, viele potenzielle Wähler der

Demokraten, scheinen eine harte Linie gegenüber China zu befürworten. Da scheint im Moment für die Republikaner eine harte Anti-China-Haltung eher ein Gewinner- als ein Verliererthema zu sein.

Anja Schüler: Dann wagen wir doch abschließend noch einmal den Blick in die Kristallkugel. Was sind denn mögliche Szenarien für den Wahlscheid im November?

Martin Thunert: Also Corona und wie Corona gemanagt wurde ist sicherlich mittlerweile das entscheidende Thema. Das ist per se erstmal nicht unbedingt, das hatten wir ja schon erörtert, zugunsten Trumps. Ich sage mal so: Es gibt mehrere Szenarien. Wir können keine ernsthafte, seriöse Prognose, stellen. Es gibt keine nennenswerte Verbesserung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Lage, das Krisenmanagement bleibt erratisch. Das könnte zu einer krachenden Niederlage Trumps führen und vielleicht sogar zu einer Niederlage der Republikaner im Senat, von der sich die Partei dann, glaube ich, nur relativ schwer in den nächsten vier Jahren oder auch in den nächsten zwei Jahren bis zur nächsten Kongresswahl erholen würde. Das könnte dann auch fast schon ein deutlicher Verlust Trumps werden, wenn dieses Szenario eintritt. Wahrscheinlicher im Moment halte ich noch einen sehr knappen Wahlausgang in beide Richtungen. Trumps Narrativ, dass seine Maßnahmen noch viel Schlimmeres verhindert haben, muss glaubhaft sein. Die Verantwortung für die desolate Lage China zuzuschieben, muss auf belastbaren Evidenzen beruhen. Das tut es im Moment noch nicht, das sehen wir gerade an dem Streit, ob der Virus im Labor oder auf einem Tiermarkt, auf einem Markt ausgebrochen ist. Ich glaube, für Trump, um knapp zu gewinnen, muss ein gewisser wirtschaftlicher Silberstreifen am Horizont sichtbar sein, und genau deswegen wollen ja Trump und auch viele Republikaner die Wirtschaft wieder möglichst schnell öffnen. Aber eben die Umfragewerte, die schon betont waren, nicht die nationalen, sondern in den entscheidenden fünf oder sechs Staaten, die müssen Trump im Moment nervös machen, und im Moment, glaube ich, ist sich das Team um Trump, sein Wahlkampfteam, unschlüssig, ob sie die direkten Angriffe auf Biden jetzt schon fahren sollen. Die Wahlkampfwissenschaft sagt im Grunde „Du musst einen Gegner sehr früh definieren“, also in dem Falle negativ definieren, und andere sagen „Nee, wir sollten noch ein bisschen warten“, denn wir wollen vielleicht auch nicht, dass die Demokraten noch auf die Idee kommen, Biden auszutauschen, wenn er über den Skandal mit der Dame stolpert oder ähnliches; auszutauschen etwas gegen einen vielleicht noch stärkeren Kandidaten, wie etwa den New Yorker Gouverneur Andrew Cuomo, der, glaube ich, ein sehr starker Kandidat wäre. Also drei Szenarien: Ein sehr

knapper Wahlsieg Trumps im „Electoral College“ nach dem Modell von 2016, wahrscheinlich keine nationale Stimmenmehrheit mehr, ähnlich wie damals; ein deutlicher Sieg Bidens in der „Popular Vote“ und im „College“ sind möglich, oder, und das ist, was ich Stand heute am wahrscheinlichsten halte, ein offenes Rennen, das sich erst in den letzten drei bis vier Wochen wie 2016 entscheiden wird, und ich denke, das ist der Stand, den ich auch nach wie vor für am wahrscheinlichsten halte.

AS: Also spannend bleibt's auf jeden Fall. Ganz herzlichen Dank für diese Einschätzungen. Das war "Corona in den USA", der Podcast des Heidelberg Center for American Studies. Mein Name ist Anja Schüler, und ich sprach mit Martin Thunert über die Auswirkungen der Pandemie auf die amerikanische Politik. Mein Dank geht an Julian Kramer für die Technik und Thomas Steinbrunner für die Musik. Wenn Sie mögen, hören wir uns nächste Woche wieder. Dann spreche ich mit dem Heidelberger Politikwissenschaftler Axel Murswieck darüber, wie das amerikanische Gesundheitssystem der Pandemie standhält. Bis dahin – bleiben Sie gesund.